

Der deutsche Tabak-Arbeiter

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes



Erscheint Sonnabends, Redaktionsschluss Montags. Bezugspreis monatlich 40 A ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 A für die sechseckige Millimeterzeile. Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen, Am der Weide 20, Tel. Domshelbe 2 07 80
 Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Baischleit. Verantwortlich für die Anzeigen: Bruno Döbig
 Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Druck: Bremer Zeitung, Verlagsgesellschaft m. b. H. Schmitt in Bremen



Nummer 50

Bremen, 16. Dezember

Jahrgang 1933

Arbeitslosigkeit und Geburtenrückgang

Von Karl Lamerdin

Die Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Geburtenrückgang in unserem Volk sind in den vergangenen Jahren Gegenstand einer meist einseitigen Betrachtungsweise gewesen. In der Erscheinung des Geburtenrückganges sah man im allgemeinen ein erfreuliches, gerade zur rechten Stunde eintreffendes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes, ja, die immer mehr anwachsende Arbeitslosigkeit schien eine bewußte Einschränkung der Geburtenziffer zu fordern. Diese Auffassung ist keineswegs nur theoretisch vertreten worden, sondern sie erfaßte einen sehr großen Teil der Bevölkerung und hat ohne Zweifel dazu beigetragen, den Geburtenrückgang zu beschleunigen. Wie sehr jedoch dieser Geburtenrückgang Ausdruck eines seelischen Verfallens, mangelnden Lebensmutes und einer egoistischen Lebenshaltung war und nicht Ergebnis einer wirtschaftlichen Erwägung, stellt sich heraus, wenn man die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Geburtenrückgang betrachtet. Es klang allerdings durchaus einleuchtend, wenn man sagte: Wer soll es verantworten, bei 5 Millionen Arbeitslosen noch Kinder in die Welt zu setzen? Ist nicht jedes Kind ein Arbeitsloser mehr? Ist nicht unter diesen Umständen die Geburteneinschränkung der einzige Ausweg, und bedeutet der allgemeine Geburtenrückgang nicht einen Segen für unser Volk? — Eine solche Betrachtungsweise bleibt jedoch völlig an der Oberfläche und läßt sich nicht aufrechterhalten.

Die Arbeitslosigkeit kann zunächst nicht als Ausdruck einer vorhandenen Ueberbevölkerung angesehen werden. Wäre dies richtig, so müßte sich die Arbeitslosigkeit auf die dichtbesiedelten Länder wie Deutschland beschränken, wo 134 Menschen auf 1 Quadratkilometer wohnen. Aber auch Länder mit ganz geringer Bevölkerungsdichte haben schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wohnen nur 15,7 Millionen Menschen auf 1 Quadratkilometer, also die Besiedlung ist ungleich schwächer als bei uns, und doch wurden dort im März 1933 über 13 Millionen Arbeitslose gezählt. In Ka-

nada gar beträgt die Bevölkerungsdichte nur 1,09 Einwohner auf 1 Quadratkilometer und 17,3 Prozent der Erwerbstätigen sind ohne Arbeit. Die Ueberbevölkerung kann also nicht als Ursache der Arbeitslosigkeit angesehen werden. Damit wird aber auch die Befürchtung hinfällig, daß ein Steigen der Bevölkerungsziffer die Arbeitslosigkeit vermehre.

Wir haben im übrigen ein Musterbeispiel für das Verhältnis von Geburtenrückgang und Arbeitsmarkt in dem Ausfall der Kriegsjahrgänge vorliegen. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes nämlich, die man hätte erwarten sollen, ist keineswegs eingetreten, obwohl der Ausfall an jugendlichen Arbeitskräften — bedingt durch den Sturz der Geburtenziffer in den Kriegsjahren — eine recht beträchtliche Zahl darstellt. Nach Vorkriegsverhältnissen hätten wir für die Jahre 1930 bis 1933 mit einer Erhöhung des Gesamtbestandes an Erwerbstätigen von rund 1,8 Millionen rechnen müssen. Durch den Geburtenausfall in den Kriegsjahren ist dieser Zuwachs ausgeblieben. Der geringe Zustrom an jugendlichen Arbeitskräften reichte nicht einmal aus, den natürlichen Abgang in den älteren Jahrgängen auszugleichen, so daß sich der Gesamtbestand an Erwerbstätigen um rund 300 000 verminderte. Trotz dieses Ausfalls von über 2 Millionen Erwerbstätigen stieg die Arbeitslosigkeit immer weiter. Dafür, daß eine Entlastung des Arbeitsmarktes ausgeblieben ist, spricht sicher auch die Tatsache, daß sich der Bedarf an jugendlichen Arbeitskräften nicht in dem Maße verringert hat, wie der Bedarf an älteren und gelernten Kräften. Um so zweifelhafter wird dann aber auch die Aussicht auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit durch eine Geburteneinschränkung, die in der gegenwärtigen Zeit vorgenommen wird. Sie würde sich frühestens in 15 bis 20 Jahren auf dem Arbeitsmarkt auswirken können. Daß wir uns zu diesem Zeitpunkt noch in der gleichen Wirtschaftsnote wie heute befinden, damit wird niemand rechnen wollen. Die Ergebnisse des letzten Jahres, der Aufbruch unseres Volkes im nationalsozialistischen Staat machen eine solche Resignation vollends unverständlich. Wir müssen im

Gegenteil damit rechnen, daß bereits der bisherige Geburtenrückgang tiefgreifende Wandlungen in der Struktur unserer erwerbstätigen Bevölkerung im Sinne einer nicht mehr zu vermeidenden Schrumpfung und Ueberalterung unseres Volkskörpers zur Folge haben wird, die sich um die Mitte des Jahrhunderts auswirken werden.

Dieser Strukturwandel, der sich in dem Aufbau der Bevölkerung vollzieht, wirkt sich aber auch in anderer Weise auf dem Arbeitsmarkt aus, und zwar in einer Abnahme der Verbraucher. Man darf nicht den Fehler machen, in den Kindern nur die künftigen Arbeiter zu sehen, die Arbeitsplätze fordern, und nicht die jetzigen Verbraucher, die Arbeit schaffen. Geburtenrückgang einerseits und die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer mit einer verlängerten Erwerbstätigkeit im Alter andererseits haben in den letzten Jahrzehnten eine Wandlung und Störung des Gleichgewichts zwischen erwerbstätiger und nichterwerbstätiger Bevölkerung herbeigeführt. Während noch im Jahre 1910 auf 100 Erwerbstätige 64,1 Nichterwerbstätige, also Nurverbraucher entfielen, haben wir am Jahre 1932 nur noch 41,5 Prozent nichterwerbsfähige Verbraucher. Da der Mensch etwa bis zu seinem 15. Lebensjahr Nurverbraucher ist, muß das Fehlen von 8 Millionen Kindern (bis zu 15 Jahren) gegenüber der Vorkriegszeit erhebliche Auswirkungen auf dem Binnenmarkt und damit Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge haben. Um einen Begriff von dem hierdurch ausfallenden Verbrauch zu bekommen, kann man folgendes Beispiel betrachten: Wenn man für jedes dieser fehlenden 8 Millionen Kinder einen täglichen durchschnittlichen Verbrauch von ¼ Liter Milch annimmt, so ergibt sich ein Gesamtverbrauch von täglich 2 Millionen Liter Milch, also jährlich etwa 700 Millionen Liter. Diese bedeuten einen täglichen Geldumsatz von 500 000 Mark. Der Milchverbrauch ist aber nur ein kleiner Teil des gesamten Verbrauchs der Kinder, hinzutritt der fehlende Verbrauch von anderen Nahrungsmitteln, Kinderkleidung, Spielgeräten, Lehrmitteln u. a. Man hat bes-

rechnet, daß bei gleichbleibender Geburtenziffer in einigen Jahrzehnten 100 000 Lehrerstellen getrichen werden müßten. Der Ausfall an Kinderbedarf wird nur zu einem kleinen Teil durch einen erhöhten Verbrauch der kinderlosen Erwachsenen ausgeglichen und dadurch, daß für ein Kind ein größerer Aufwand gemacht wird als für mehrere. Die teilweise Umschichtung des Verbrauchs auf den Bedarf der Erwachsenen bringt jedoch ebenfalls eine Benachteiligung des Arbeitsmarktes, denn für die Herstellung der für das Kindesalter notwendigen Dinge, Nahrungsmittel, Bekleidung usw., wird eine größere Zahl menschlicher Arbeitskräfte benötigt, als für die Herstellung von Luxus- und Genußmitteln für die Erwachsenen (Automobilindustrie, Filmindustrie, Vergnügungsindustrie usw.), die weniger arbeits- und kapitalintensiv ist. Eine solche Verlagerung in Richtung des Erwachsenenbedarfs, die wir jetzt haben und noch weiterhin haben werden, wird weniger den Wirtschaftszweigen mit einem großen Anteil an menschlicher Arbeitskraft zugute kommen als vielmehr den kapitalkräftigen Industrien.

Wir sehen also, daß der Geburtenrückgang mit eine Ursache für die Arbeitslosigkeit ist. Die Abnahme der Verbraucher macht sich zuerst in der Wirtschaft bemerkbar und schafft neue Arbeits-

losigkeit, bevor eine Entlastung durch Geburtenausfall sich bemerkbar macht. Gewiß wird in vielen Fällen die persönliche Wirtschaftsnote eine bewußte Geburtenbeschränkung zur Folge haben. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß der Geburtenrückgang bereits vor dem Kriege einsetzte, und zwar zuerst in Kreisen, die begitert genug waren, um einer großen Zahl von Kindern durch das Leben zu helfen. Und bis heute ist es so geblieben, daß die Kinderzahl in den wirtschaftlich gesicherten Kreisen geringer ist als bei den weniger Begiterten und in unsicheren Verhältnissen Lebenden. Gerade der Nachwuchs aus dem Arbeiterstand war der Rückhalt in unserem Bevölkerungsaufbau. Der Arbeiter zeigte sich am wenigsten zugänglich den Einflüssen einer bedakenten Entwicklung. Und die Arbeiterschaft war auch der Teil unseres Volkes, von dem überhaupt der Anstoß und die Kraft zur grundlegenden Erneuerung unserer Lebensformen ausgingen. Es zeigt sich besonders deutlich, daß für den Geburtenrückgang und die Geburtenbeschränkung keine wirtschaftlichen Gründe und Ueberlegungen ausschlaggebend sind, sondern daß hier die Frage nach dem Lebenswillen und der Verantwortungsfreudigkeit des einzelnen gegenüber seinem Volk gestellt werden muß.

der Unternehmerverbände wird nun vielfach die Frage geäußert werden, ob nun zwangsläufig auch die Auflösung der Arbeiter-Verbände erfolgen müßte. Hierbei ist zu erinnern an die Worte Dr. Ley's, die er vor einigen Tagen an die deutsche Presse gerichtet hat:

„Wenn die Führung der Deutschen Arbeitsfront den Zeitpunkt für gekommen hält, auch den äußeren Stamm der Verbände zu sprengen, so wird sie das tun.“ Gätte also die Führung der Deutschen Arbeitsfront die Auflösung der Arbeiter- und Angestelltenverbände jetzt schon für notwendig gehalten, dann würde sie nicht nur die Sperrung, sondern gleich die Auflösung angeordnet haben. Es ist doch ein Unterschied zu machen zwischen den Arbeiterverbänden von heute und den Arbeitgeberverbänden. Die Arbeitgeber hatten nicht eine ähnliche Organisation, wie sie die NSBO. für das Arbeitertum darstellt. Sie hatten keine solche nationalsozialistische Spezialwaffe, die den deutschen Unternehmer für seine Mission und seine Aufgabe so vorbereitet hätte, wie es die NSBO. für das Arbeitertum getan hat. Deshalb ist auch die Auflösung der Arbeiterverbände heute keine vor-dringliche Angelegenheit. Die in der Deutschen Arbeitsfront zusammengesetzten Arbeiter- und Angestelltenverbände sind schon längst keine Klassenkampforganisationen mehr. Gewiß hat man auch innerhalb der Arbeitgeberverbände versucht, den Führergedanken zu verwirklichen, aber ihr Dasein außerhalb der Deutschen Arbeitsfront und das Fehlen einer nach dem Vorbild der NSBO. streng methodischen Schulung und Führung der Unternehmer war die Ursache, daß die Gesamtheit dieser Arbeitgeberverbände mit ihrem Fortbestand ein Fremdkörper im heutigen Staate gebildet hätte. Was nunmehr weiter zu folgen hat, darüber wird der Führer der Deutschen Arbeitsfront noch bestimmen.

Während der Auflösungsbeschlus der industriellen Arbeitgeberverbände bekannt wird, melden gleichzeitig aus dem ganzen Reiche die Dienststellen der NSBO. den gewaltigen Zustrom von Unternehmern in die Deutsche Arbeitsfront. Ein Symptom dafür, daß das deutsche Unternehmertum sich nun endgültig von seiner liberalistischen Weltanschauung abgewandt hat und bereit ist, sich in allem und jedem der nationalsozialistischen Führung anzuvertrauen.

Reform in der Arbeitslosenhilfe

Die Reform der Sozialversicherung im neuen Staat kann nur schrittweise vorgetrieben werden, schon deshalb, weil hier wichtige Lebensfragen des Arbeiters und gleichzeitig auch allgemeine Volksinteressen auf dem Spiel stehen. Zudem soll ja heute durch Reformen nicht mehr an äußeren, an der Oberfläche haftenden Schäden herumgedoktert werden, sondern es soll sich um bis zum Kern der Sache reichende Maßnahmen handeln. Von diesem Grundgedanken ist auch das Gesetz vom 22. September 1933 aus-

Auflösung aller Arbeitgeberverbände

Der Reichsstand der deutschen Industrie teilt heute mit:

Im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung und des Führers der Arbeitsfront an alle schaffenden Menschen haben die maßgebenden Vertreter der industriellen Arbeitgeberverbände in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung beschlossen, die industriellen Arbeitgeberverbände aufzulösen und in ihre Liquidation zu treten.

Nach vorliegendem Beschluß sind damit sämtliche industriellen Arbeitgeberverbände in Deutschland bereits aufgelöst. Was noch weiter folgt, ist nur mehr noch Liquidation und technische Abwicklung, für die natürlich noch einige Zeit notwendig ist, um sie zu beenden. Die Auflösung selbst aber ist bereits vollzogen und damit ein bedeutungsvolles politisches Ereignis zu verzeichnen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist in ihrer Form zu vergleichen etwa mit dem früheren ADGB, der Spitzenorganisation der Gewerkschaften. Erst im Juni d. J. hat sich die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ und der „Reichsverband der deutschen Industrie“ zum „Reichsstand der deutschen Industrie“ zusammengeschlossen. So hat mit der Auflösung der industriellen Arbeitgeberverbände in Deutschland auch der Reichsstand der deutschen Industrie seine bisherige Grundlage wieder aufgegeben. Nicht aufgelöst werden die dem Reichsstand der deutschen Industrie noch angehörenden zahlreichen Fachgruppen des ehemaligen Reichsverbandes der deutschen Industrie. Diese Fachgruppen werden nicht aufgelöst, denn ihnen wird in Ver-

bindung mit den Fachvereinigungen der Arbeiter im ständischen Aufbau noch eine bedeutsame Rolle zugurechnen sein. Die industriellen Arbeitgeberverbände dagegen sind sämtlich aufgelöst, es sind ungefähr 2000 solcher Arbeitgeberverbände, einschl. der Bezirks- und Ortsverbände.

Als mit dem 2. Mai die NSBO. die marxistischen Gewerkschaften übernahm, tauchte auch die Frage auf, was mit den Unternehmerverbänden geschehen würde. Schon damals haben sich einzelne weitblickende Führer von Arbeitgeberverbänden geäußert, daß nun auch die Arbeitgeberverbände überflüssig seien; denn weder hüben noch drüben dürfe es noch weiter „Klassenkampf-Organisationen“ geben, als solche konnte man sowohl die früheren marxistischen Gewerkschaften, wie auch die liberalistischen Arbeitgeberverbände ansehen. Es ist klar, daß die Arbeitgeberverbände von dieser Entwicklung nicht unberührt bleiben konnten. Der Führer der DAF., Dr. Ley, hat oft genug erklärt, daß mit den Organisationen des Klassenkampfes und des Standesdünkels Schluß gemacht werden muß: „Wer hergeht und organisiert einen Unternehmer- oder Arbeitgeberverband, wer den Profitgeist organisiert, der muß weg. Das ist ein Todfeind der Nation. Wer Lohndrückerei oder Betriebsverhöhnung organisiert, muß augenblicklich vernichtet werden.“

Die Auflösung der Arbeitgeberverbände ist darum die logische Konsequenz der von Dr. Ley gepredigten Zusammenarbeit der Arbeiter und Unternehmer und ihrer Eingliederung in die Volksgemeinschaft. Nach der Auflösung

Die Tabakwirtschaft bei unseren Nachbarn

2. Holland

Als englische Studenten um die Mitte des 16. Jahrhunderts das Rauchen nach Holland brachten, da hätte kein Mensch geglaubt, daß die Tabakindustrie einmal einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige der Niederlande werden könnte. Aber gerade in Holland fand der Tabakgenuß ungewöhnlichen Anklang. Schon 1590 war es an den Universtitäten der Niederlande so stark verbreitet, daß die medizinische Fakultät sich bewogen fühlte, die Studierenden vor den „gefährlichen Dämpfen“ zu warnen. Aus den Hörsälen trugen die Studenten, die damals noch mit dem Volke lebten (so wie sie es im neuen Deutschland wieder tun werden), ihre Tabakwissenschaft natürlich auch in die Schenken, wo sie bald Nachahmer unter den Bürgern fanden. Sehr schnell wurde man in Holland mit der Pfeife vertraut. Sei es nun, daß der Tabakgenuß der behäbigen Gemütsart der Holländer besonders entgegenkam, sei es, daß es Nachahmungstrieb war — jedenfalls dehnte sich der Tabakgenuß über alle Provinzen der Niederlande mit großer Geschwindigkeit aus, und überall entstand rege Nachfrage nach Tabak. Heute wäre man schnell in der Lage, eine solche Nachfrage zu befriedigen; damals war das nicht so einfach. Die ungünstigen Schiffsverkehrsverhältnisse ließen nur eine beschränkte Einfuhr von Uebersee zu. Was also lag näher, als daß man Anbauversuche in Holland selbst unternahm, in Gegenden, die dafür geeignet schienen? In der milden Lage von Amersfoort entstanden sorgsam gepflegte Tabakkulturen, die als Vorbild des gesamten Tabakbaues in Mittel- und Nord-Europa dienten. Von hier aus hat der

Tabakbau Deutschlands seine Entwicklung genommen.

Jeder Tabakfachmann kennt die Bedeutung, die Holland noch heute für die Tabakweltwirtschaft hat. Amsterdam und Rotterdam sind noch heute die Tabakhandelsplätze; ihre Tradition reicht zurück bis in den Beginn des 17. Jahrhunderts. Denn die holländischen Kaufleute waren äußerst geschäftstüchtig; sie bezogen aus Amerika und handelten damit. Und sie verdienten dabei sehr gut. Schon 1626 schrieb Johann Neander, daß sich viele Leute durch diesen Handel einzig und allein beträchtlich emporgearbeitet haben. „Wenn der Leser wissen möchte, ob der holländische Tabakhandel bedeutend ist, so kann er dies daraus schließen, daß die sehr niedrige Steuer, die seit kurzem auf den aus Uebersee eingeführten Tabak erhoben wird, jährlich dem Staatschatz mehr als 30 000 Gulden einbringt.“ Das war 1626. Seither sind über 300 Jahre vergangen, und immer noch spielt der Tabak im Wirtschaftsleben Hollands eine ausschlaggebende Rolle. Jetzt, über 800 Jahre später, haben die holländischen Kaufleute immer noch die beherrschende Stellung inne, und holländische Zigarren und holländischen Rauchtabak genießen immer noch hohes Ansehen.

Wir können an dieser Stelle nicht die Geschichte der holländischen Tabakwirtschaft durch drei Jahrhunderte verfolgen. Jeder Leser dieses Blattes weiß davon. Wir müssen mit kühnem Sprung 300 Jahre überspringen und uns der nicht sehr erfreulichen Gegenwart zuwenden. Die holländische Tabakwirtschaft hat inzwischen grundlegende Wandlungen erfahren. Aus dem Kleingewerbe wurde

eine mächtige Industrie. Zigarre und Zigarette machten der altherwürdigen Pfeife und dem Rauchtabak schwer zu schaffen. Aber im allgemeinen kam die holländische Tabakindustrie gut über die Jahrhunderte hinweg. Gewiß, manchmal stand sie vor dem Zusammenbruch, so, als Napoleon I. die Kontinentalsperre verhängte und alle Tabakerzeugnisse mit Lebensgefahr geschmuggelt werden mußten, aber im Grunde war es für Hollands Tabakwirtschaft doch eine ständige Aufwärtsentwicklung, die nur ab und an unterbrochen wurde. Selbst der Weltkrieg konnte Holland in dieser Hinsicht nicht viel anhaben; es war neutral — und wenn sein Tabakhandel auch litt, so ließ sich dieser Schaden doch verschmerzen. Er wurde um so leichter verschmerzt, als sich das ausgehungerte Europa und vor allem das durch die Feinblockade aller Rohmaterialien entblößte Deutschland auf die holländischen Tabakvorräte besonders in erster Nachkriegszeit stürzten und zu hohen Preisen übernahmen, was nur zu bekommen war. Damals wurden Tabakpreise erzielt, die den holländischen Tabakhandel alle Kriegsfolgen schnell vergessen ließen. Man bereitete sich in Holland darauf vor, auch in Zukunft glänzende Geschäfte zu machen. Und die ersten Jahre nach dem Kriege ging es auch gut — bis dann die Weltwirtschaftskrise voll durchbrach und auch den holländischen Rohtabakhandel nicht verschonte.

Etwas anders ging die Entwicklung vor sich in der holländischen Tabakwarenerzeugung. Ursprünglich waren die Niederlande das Land, dessen Tabakerzeugnisse sich die Welt eroberten. Aber wie die Regierungen erkannten, daß gerade Tabakwaren die schönsten Steuerobjekte waren, ging man dazu über, auch in anderen Ländern die Fabrikation aufzu-

OSKAR KRÜGER: Kopfpreis 50 000 tschech. Kronen

Das Schicksal des Deutschen Dr. Alois Baeran :: Nachdruck verboten! (7)

Erst am nächsten Tag um die Mittagszeit gerät Karlsbad in Aufregung: erst jetzt hatten die Tschechen überhaupt bemerkt, daß Baeran die Freiheit wiedergewann! Es gibt eine riesenhafte aufgelegene Untersuchung, die von der tschechischen Polizei mit dem gesamten verfügbaren Aufgebot des Spionageapparates durchgeführt wird, — es folgt Verhaftungen über Verhaftungen — es nutzt alles nichts: nichts, nichts ist heraus gekommen, — bis auf den heutigen Tag weiß Soukup nicht, wie Baerans Flucht gelang! Es hatte alles zu gut geklappt!

Sie verfolgen ihn sogar in Deutschland!

Deutschland hat seinen treuen Sohn wieder.

Aber wie!

Die entsetzlichen Folgen des Kerkers von Karthaus zernagen den Starcken. Furchtbare Geschwülste, vergiftete Geschwüre bedecken den Körper. Zu tief reicht das Gift in ihm! Immer größer

wird die Gefahr völliger Erblindung. Schwere, dicke Gläser bedecken die Augen. Starke Männer müssen den Märtyrer fast tragen, wenn er auch nur wenige Schritte machen will.

Fast scheinen auch die besten deutschen Aerzte machtlos bleiben zu sollen . . .

So zieht dieser Mann durch Deutschland. Wie immer: für sein Volk. — Wer ihn sieht, der erblickt eine wandernde, lebende Anklage gegen den tschechischen Spionagedienst. Aber auch dieser schier unheilbar kranke Körper gehorcht dem eisernen Willen des Dienstbereiten. Schwer und wüchtig packen seine Fäuste zu, legen den dicken Gehstock neben das Rednerpult und halten den Körper mühsam in immer neuem Schmerz aufrecht . . .

So spricht er zur deutschen Jugend. So predigt er seinen deutschen Opfern und Widerstandskraft. So weckt er in der Jugend vorgelebte Liebe zu Volk und Nation. Und Kampfesbereitschaft. Und Willen zur Freiheit. —

Baeran war immer, auch einst in seiner sudetendeutschen Heimat, ein starker Redner, der sein Volk mitriß. — Jetzt ist seine leidenschaftliche Sprachgewalt schier verhandertfacht! So sieht sein Körper, — so gewaltig ist seine hinreißende, fast prophetische Kraft, wenn er seine Deutschen ermahnt!

Nun aber ist Baeran seinen tschechischen Feinden gefährlicher denn je! — Von Stürmen der Begeisterung getragen, umgibt ihn die verehrende Liebe des deutschen Volkes und seiner Jugend! Das wollen, das können seine tschechischen Verfolger nicht dulden! . . .

Nicht einmal davor schreckt die Tschechei zurück, für Baeran in Reichsdeutschland einen Maulkorb zu verlangen! Er soll stille sein! Man fordert ein Rede- und Schreibverbot für ihn!

Selbstverständlich wird es abgelehnt. —

Aber auch damit gibt der tschechische Spionagedienst den Kampf nicht auf. Wieder spinnt er seine Ränke . . .

Eines Tages entsendet Soukup seine Agenten nach Reichsdeutschland!

nehmen, sei es auf privatwirtschaftlicher Grundlage, sei es auf dem Wege der Monopolisierung. Jedenfalls kommt man zu dem Ergebnis: je weiter sich gerade von Holland aus der Tabakgenuß ausbreitete, desto mehr ging die Erzeugung in andere Länder über. Das änderte zwar nichts an dem hohen Ruf der holländischen Tabakerzeugnisse; aber die Staaten hielten sich verpflichtet, ihre eigene Erzeugung vor dem holländischen Wettbewerb zu schützen. Trotzdem behielt Holland eigentlich bis zum Kriegsausbruch eine führende Stellung als Exporteur auch von Tabakfertigzeugnissen. Grundlage der holländischen Tabakindustrie war aber schon lange vor dem Kriege der heimische Markt.

Da die Wirtschaftskrise aber auch die Niederlande nicht verschonte, verschlechterte sich gerade in den letzten Jahren die Lage der holländischen Tabakindustrie außerordentlich. Die Kaufkraft der holländischen Verbraucher ging ebenfalls in großem Umfange zurück; der Verbrauch wandte sich den billigeren Erzeugnissen zu, während gerade in Holland früher die Qualitätserzeugung der ausschlaggebende Faktor war. Obwohl in den ersten 7 Monaten des Jahres 1933 der Tabakverbrauch in Holland größer war als in der gleichen Zeit des Jahres 1932, ist die Lage der niederländischen Tabakindustrie unbefriedigend. In der Zeit von Januar bis August 1933 waren die Steuereinnahmen Hollands aus der Tabakbesteuerung — trotz dem gestiegenen Verbrauch um über 17 v. H. niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bemerkenswert ist dabei vor allem, daß lediglich die Firmen über einen guten Geschäftsgang berichten können, die Zigarillos mit Maschinenhilfe herstellen! In der gleichen Zeit hat sich besonders die Lage der holländischen Tabakarbeiter sehr verschlechtert. Das Vordringen der Maschinenarbeit hat zahlreiche tüchtige Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße geworfen. Viele

von ihnen sind bemüht, sich eine neue Lebensgrundlage zu schaffen, indem sie sich selbständig machen. Damit setzt in Holland eine Bewegung ein, die wieder zurückführt zum Ausgangspunkt der holländischen Tabakindustrie, insbesondere der Zigarrenherstellung. Ursprünglich einen rein mittelständischen Charakter tragend, hat sich im Laufe der Entwicklung ein zunehmender Konzentrationsprozeß bemerkbar gemacht, der zur Entstehung zahlreicher Großbetriebe führte, in denen Hunderte, ja Tausende von Arbeitern Beschäftigung fanden. Die mittelständischen Kleinbetriebe wurden zum guten Teile aufgekauft, oder sie wurden Opfer des ihnen überlegenen Großkapitals. In der Krisenzeit aber hat sich gezeigt, daß es für die Kleinbetriebe leichter ist, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen als den kapitalstarken Aktiengesellschaften der holländischen Zigarrenindustrie. Die bodenständige Kleinindustrie mit einer noch nicht völlig proletarisierten Arbeiterschaft erwies sich als verhältnismäßig krisenfest. Sie ist heute zu einem gefährlichen Wettbewerber der Großindustrie geworden. Zugabe: die Kleinindustrie blieb lebensfähig nicht zuletzt durch die niedrigeren Löhne, die sie zahlte. Da aber ihre Arbeiterschaft zu einem erheblichen Teile auf eigener Scholle sitzt, vielfach auch nur mit Hilfe der Familienangehörigen gearbeitet wird, wäre es einseitig geurteilt, wollte man behaupten, die Kleinindustrie halte sich ausschließlich auf Kosten der Arbeiterschaft über Wasser. Daß das zu einem guten Teile der Fall ist, darf nicht bestritten werden; es muß aber dabei berücksichtigt werden, daß in der Kleinfabrikation noch eine Art patriarchalischen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht, das dem Arbeitsverhältnis ein anderes Merkmal gibt als das in der Großindustrie der Fall ist. Immerhin haben die großen holländischen Zigarrenfabriken die Gefahren, die sich für sie daraus

ergeben, vollauf erkannt. Eine Eingabe an die niederländische Regierung fordert — übrigens im Einverständnis mit der Kleinindustrie und dem Tabakwarenhandel — die Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Strenge Innehaltung der Gesetze über Tabakwarenherstellung und Arbeitszeit;
2. Verbot des Verkaufs von Tabakwaren unter dem auf der Banderole angegebenen Kleinverkaufspreis;
3. Regelung der Arbeitsbedingungen;
4. Aufhebung des Gesetzes über den Ladenschluß für Tabakwarenhandlungen.

Inzwischen hat sich aber etwas anderes ereignet: die holländische Regierung hat den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine beträchtliche Erhöhung der Tabaksteuern vorsieht. So soll die Banderolensteuer für Zigarren von 10 auf 22,5 v. H. erhöht werden; die Zigarettensteuer von 25 auf 37,5 v. H. und die Steuer auf Rauchtobak von 15 auf 22,5 v. H. des Kleinverkaufspreises. Dieser Gesetzentwurf ist von der Ersten Kammer bereits genehmigt worden mit der Abänderung, daß die Zigarettensteuererhöhung im Wegfall kommt, so daß hier alles beim Alten bliebe. Die Regierung erhofft sich aus der Steuererhöhung eine Mehreinnahme um 10 Millionen Gulden.

Die Zigarrenindustrie hat gegen dieses Gesetz in allerhöchster Form Einspruch erhoben. In einer Denkschrift an die Regierung weist sie darauf hin, daß diese Steuererhöhung die Nachfrage nach den billigsten Sorten steigern werde auf Kosten der besseren Erzeugnisse. Da die Löhne in der Zigarrenindustrie immer noch 56 v. H. des Fabrikpreises ausmachen, weist die Industrie darauf hin, daß bei Durchführung des Gesetzes die Löhne ganz beträchtlich gesenkt werden müßten. Die Industrie droht an, in erheblichem Umfange zur Maschinenfabri-

Eben hat Baeran eine Reise nach Süddeutschland angetreten. Soukups Handlanger, nach Berlin entsandt, hat ihn beobachtet, hat darauf gewartet. — Jetzt erscheint er bei dem Verfolgten sehr nahestehenden Herrn A. in der Wohnung. Hauptmann „S“ ist es — Soukups Spionagechef aus der Abteilung Brunn!

Mit eiliger, gewandter und beredter Zunge spricht er auf A. ein. Soukup sei ein Schurke, erzählt „S“ mit falschem Zungenschlag; Soukup habe ihn gezwungen, seine schmutzigen Geschäfte durchzuführen. Im Kampf um Baeran habe er, „S“, selbstverständlich und besonders zur Zeit des Prozesses auf Baerans Seite gestanden. Tief beklage er es, daß er leider nicht viel habe tun können. Aber nun biete er seine Hand — zur Rache an Soukup!

Entrüstet blickt A. dem „S“ ins erregte Gesicht.

Mit fliegender Hand wischt der sich über die Stirn.

Aber rasch hat er sich wieder gesammelt. Hastig spricht er weiter. Er sei von Soukup nach Berlin geschickt. Selbstverständlich in geheimem Auftrag. Es sei

seine Aufgabe, den Nationalsozialismus und den Stahlhelm zu „überwachen“. Er solle die Pläne und die Absichten der rechtsstehenden Gruppen aufdecken und nach Prag melden. Mit Geld sei er in Hülle und Fülle ausgerüstet. Und jetzt sei also Baerans Stunde da . . .

Tief beugt sich „S“ vor: Er biete seine Hand, daß Baeran Rache nehmen könnte!

A. richtete sich auf: wie diese „Rache“ denn aussehen solle?

Lächelnd erwidert „S“, das sei doch sehr einfach:

A. solle Baeran veranlassen, ihn, „S“, mit führenden Nationalsozialisten und Stahlhelmern zusammenzubringen, damit „äußerlich die Form gewahrt“ sei. Selbstverständlich denke er gar nicht daran, Spionage zu üben. Er denke es sich vielmehr so: Baeran fertigt für ihn erdichtete „Berichte“ über angebliche Stimmungen und Pläne in den rechten Kreisen Deutschlands, wie sie Baeran „in den Kram passen“ und die er, „S“, dann als angeblich wahre Meldungen nach Prag weitergeben werde. So werde man Soukup fürchterlich hereinlegen, an ihm Vergeltung üben; so könne sich Baeran

als Deutscher an seinem Peiniger rächen. Er wolle, so fällt er A. rasch ins Wort, als dieser ihn unterbrechen will, ein Uebrigens tun: Baeran werde von ihm für die Falschberichte 50 000 tschechische Kronen erhalten, — genau so viel als einmal auf Baerans Kopf ausgelegt waren! So wolle er, „S“, dafür sorgen, daß Baeran aus den Mitteln des tschechischen Spionagedienstes das zurückerhalte, was er einst verlor . . .

Immer rascher waren die Worte von seinen Lippen gegangen. Oh, er hat sein reden können, der Herr Spionageagent Soukups!

In rasendem Tanz überstürzen sich währenddessen in A. die Gedanken und Ueberlegungen.

Was tun?
Um was handelt es sich hier? Was geht hier vor? Was will „S“ nun eigentlich wirklich?

Da fällt es A. wie Schuppen von den Augen: Es handelt sich um einen der abgefeimtesten Streiche, wie sie je von einem Spionagedienst ausgebrütet sein mögen! Ein wahrhaft teuflischer Plan liegt vor A.! Was wollen die Tschechen?

kation überzugehen! Außerdem betont man, daß durch das Gesetz eine Bevorzugung der Zigarettenindustrie geschaffen werde.

Für Holland spielt bekanntlich die Zigarrenindustrie eine ganz besondere Rolle. In den niederländischen Kolonien. In den niederländischen Kolonien Tabakbau im größten Ausmaße betrieben. Die Tabakpflanzler in Niederländisch-Indien werden aber durch die Steuererhöhung im gleichen Maße bedroht, weil sie eine Verminderung des Verbrauches von Java- und Sumatra-Tabak befürchten müssen, der von den Zigarrenfabriken in erster Linie verarbeitet wird. Die Tabakarbeiterverbände befürchten eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit und den Untergang aller Kleinfabrikanten.

Während in früheren Jahren vielleicht die Möglichkeit bestanden hatte, einen Ausgleich zu finden durch erhöhten Auslandsabsatz, zeigt die Entwicklung der holländischen Tabakwarenausfuhr während der letzten Jahre, daß daran nicht zu denken ist. Die Zigarrenausfuhr Hollands sank von 51 Millionen Stück im

Jahre 1930 auf 18,5 Millionen im Jahre 1932 und 6,5 Millionen in 8 Monaten 1933. Der Zigarettenexport fiel von 44,7 Millionen Stück auf 15,5 Millionen im Jahre 1932 und 9,8 Millionen in der Berichtszeit 1933. Ebenso verhält es sich mit allen anderen Tabakerzeugnissen. Kommen noch 1930 fast 6,5 Millionen Kilo Rauchtabak usw. ausgeführt werden, so waren es 1932 nurmehr 3,25 Millionen Kilo und in 8 Monaten des laufenden Jahres 1,6 Millionen Kilo.

Diese Zahlen beweisen besser als viele Worte den Niedergang der einst blühenden holländischen Tabakwarenindustrie. Konnte Johann Neander einst schreiben: „Wieviel Leute gibt es in Amsterdam (von den Einwohnern Rotterdams und anderer Städte dieser Provinz ganz zu schweigen), die... durch den Verkauf von Tabak genügend verdient haben, um ihre Familien vollkommen dadurch zu erhalten“, so muß man heute feststellen, daß die Gefahr besteht, viele Familien könnten durch den Tabak ihren Lebensunterhalt verlieren. Sic transit gloria mundi!

Dr. E. P.

Tabakwirtschaftliches aus aller Welt

England. Schnupftabak erlebt eine neue Blüte; die Schnupftabakfabriken in England sind nämlich voll beschäftigt, aber sogar z. T. mit Ueberstunden, weil die Nachfrage gestiegen ist. Besonders in den Theatern, in denen nicht geraucht werden darf, benutzen die Besucher vielfach Schnupftabak.

Litauen. Die litauische Rohtabakeinfuhr im ersten Halbjahr 1933 war um annähernd 20 v. H. größer als in der gleichen Zeit des Jahres 1932; sie betrug 442 Tonnen gegen 372 Tonnen im Vorjahre.

Südlawien. Im ersten Halbjahr 1933 führte Südlawien 1690 Tonnen Roh-tabak aus gegen 3489 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1932.

Tschechoslowakei. Der Tabakbau in der Tschechoslowakei macht beachtliche Fortschritte. Wenn 1933 die Ernte dennoch nur 12 Millionen Kilogramm beträgt gegen 17 Millionen im Vorjahre, so ist das auf die widrigen Witterungseinflüsse zurückzuführen. Der Güte nach ist die 1933er Ernte besser als die vorjährige. In 8 Monaten des Jahres 1933 beliefen sich die Einnahmen des tschechoslowakischen Tabakmonopols auf 1,212 Milliarden Kronen gegen 1,291 230 000 Kronen in der gleichen Zeit des Jahres 1932. Dem Staatschatz wurden davon 911 Millionen zugeführt gegen 844 Millionen Kronen im Vorjahre.

Ungarn. Durch Vermittlung der Handelsabteilung des ungarischen Außen-

amtes konnten 150 000 Doppelzentner ungarischen Tabaks nach Frankreich verkauft werden.

Brasilien. Die Tabakexporteure in Bahia schätzen die Ernte 1933-34 auf 250 000 Ballen. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Tabakeinfuhrländern und der hohen Tabakzölle und -steuern ist der brasilianische Tabakexport stark zurückgegangen. Ende Juli 1933 befanden sich in den Lagern von Bahia fast 90 000 Ballen; im Inneren des Landes lagern noch 45 000 Ballen unverkauften Tabaks.

Kanada. Die Tageszeitungen in Montreal berichten, daß dort eine neue Gesellschaft gegründet wurde, die von Kanadiern französischer Abstammung ins Leben gerufen worden ist. Diese Gesellschaft will Tabakerzeugnisse aller Art herstellen, und zwar ausschließlich aus in Kanada erzeugtem Tabak. Dieses neue Unternehmen wendet sich an die Vaterlandsliebe der Bevölkerung, die aufgefordert wird, Erzeugnisse eines Unternehmens zu kaufen, das ausschließlich von Kanadiern finanziert und geführt wird. Es ist das ein deutlicher Schachzug gegen die amerikanischen Finanzbelange in der kanadischen Tabakindustrie.

In 7 Monaten des Jahres 1933 konnten aus Kanada fast 6 Millionen Kilogramm Roh-tabak ausgeführt werden gegen 4½ Millionen Kilogramm in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gesamtausfuhr mit Ausnahme von etwa 50 000 Kilogramm ging nach Großbritannien. Eingeführt wurden in der gleichen Zeit 2½ Millionen Kilogramm; davon kam der größte Teil aus den Vereinigten Staaten. Erzeugt wurden in der Berichtszeit von der kanadischen Tabakindustrie fast 5 Millionen Kilogramm Rauchtabak, 2,25 Millionen Kilogramm Tabakstangen (Plug-Tobacco, auch Rauchtobak) etwa 450 000 Kilogramm Schnupftabak, 2,4 Milliarden Zigaretten und 54½ Millionen Zigarren.

*

A. erinnert sich an die tschechische Forderung auf ein Redeverbot für Baeran — auch jetzt kann es sich um nichts anderes handeln, als darum, Baeran mundtot zu bekommen! Und klar erkennt A.: Würde Baeran auf das empörend unverschämte Ansinnen „S“ Soukups auch nur zum Schein eingehen, so würde diese „Bereitwilligkeit“ selbstverständlich sofort vom tschechischen Nachrichtenendienst auf entsprechenden Wegen an deutsche Reichsstellen „verraten“ und entsprechend beleuchtet werden! ... Die Folge — mit den Händen zu greifen: Baeran würde sofort aus Reichsdeutschland ausgewiesen, müßte in ein anderes Land übersiedeln, würde von dort wegen irgend eines „unpolitischen“ Deliktes ausgeliefert an Prag, — ein aufrechter Kämpfer für Deutschland würde vernichtet, ein schon Heimatloser nun auch vaterlandslos werden!

Das will Soukup!

Darum handelt es sich!

Soukup fürchtet den Erwecker der Deutschen Jugend, Soukup haßt den

sprachgewaltigen Ränder des deutschen Selbstbehauptungskampfes!

Soukup will Baeran in Reichsdeutschland unmöglich machen!

A. zittert vor Erregung und tiefster, machtvoller Empörung! Schon will A. auffahrend „S“ zur Rede stellen, — da besinnt sich A. ...

Zufällig weilt ein sudetendeutscher Abgeordneter in Berlin, — ihm, der das furchtbare Schicksal Baerans so gut kennt, wie kaum ein anderer in Berlin, wird A. melden, was bei ihm vorgeht ...

So läßt A. seine Empörung über das niederrückliche Ansinnen von „S“ äußerlich beschwichtigen, bittet ihn nur, ihm eine Stunde „Bedenkzeit“ zu lassen und — wiederzukommen!

Der sudetendeutsche Abgeordnete, in seinem Hotel telephonisch verständigt, vermag nicht rasch genug heranzukommen. So will A. wenigstens eilig für einen Zeugen sorgen; ein Freund Baerans ist auch in der Tat gerade noch rechtzeitig zur Stelle, um von „S“, der erwartungsvoll wiederkehrt, das unge-

heuerliche Verlangen wiederholt zu bekommen.

Gleich darauf wird das Ministerium verständigt. Aber ehe es noch zur Verantwortung kommen kann, ist „S“, der offenbar nun die Gefahr gemittert hat, wie vom Erdboden verschwunden ...

Das ist Soukups Spionagedienst!

Wehe, wer diesem Tschechen in die Fänge gerät!

Wie ein Evangelist zieht der Gehekte immer noch durch Deutschlands Gauen. Um ein geringes körperlich gesundet, — aber immer in Gefahr! Immer!

Und trägt das schwere Kreuz des Rerhers von Karthaus.

Predigt Liebe. Liebe zum Volk. Zur Nation. Zum Vaterland. Eine Liebe, die er vorgelebt hat.

Er gehört dem Volk, der deutschen Jugend, die sich tief, tief vor diesem großen, schwergeprüften Mann beugt und ihn mit heißer, verehrender Liebe umfängt.

Das ist der Weg eines deutschen Märtyrers ... — Ende —

Herunter mit den Preisen!

Wer jetzt kauft, am Aufbau hilft!

Die Deutsche Arbeitsfront hat im Einvernehmen mit der NS.-Sago und der NSD. folgenden Aufruf erlassen:

Den Umsatz steigern heißt Arbeit schaffen. Arbeitsbeschaffung ist nach wie vor die zentrale Aufgabe alles Wirtschaftens. Ein gutes, ja das beste Mittel zur Erreichung größter Arbeitsbeschaffung ist die Vermehrung der Parole: Kleine Preise! Großer Umsatz! Denn:

Das Volk muß wieder kaufen können. Es war immer richtig, die Wahrheit herauszustellen, die da lautet: Wer zu kleinen Preisen kauft, kann mehr kaufen.

Kaufen ist die Hauptaufgabe, weil: Wer jetzt kauft, am Aufbau hilft!

Sofort kaufen tut not, denn wir wissen, nur:

Ein gutes Weihnachtsgeschäft ist die beste Voraussetzung für den Erfolg der Arbeitsschlacht 1934

Alle müssen mit ihrer Kaufkraft in das Riesenaufbauprogramm eingeschaltet werden, deshalb:

Es erzieht alle zum Kaufen

nach dem Grundsatz:

Wenn aus dem Kasten springt die Mark, Werden Arbeit, Wirtschaft, Umsatz stark.

Aus dem Tabakgewerbe

Tabakernte im Jahre 1932 und Tabakanbau im Jahre 1933

Die Zahl der gewerblichen Tabakpflanzler ist von 51 953 im Jahre 1931 auf 55 748 im Erntejahr 1932 gestiegen (+ 7,3 v. H.) und hat sich, nach vorläufiger Feststellung, im Jahre 1933 auf 63 329 erhöht (+ 13,6 v. H.). Der Flächeninhalt der gewerblich mit Tabak bepflanzten Grundstücke war 1932 mit 10 820 Hektar um 4,5 v. H. größer als im Vorjahre (10 359 Hektar) und stieg 1933 weiter auf 11 965 Hektar (+ 10,8 vom Hundert). Der Umfang des gewerblichen Tabakbaues erreichte 1932 99,1 vom Hundert und 1933 99,6 vom Hundert der gesetzlichen zulässigen Tabakanbaufläche.

Die deutsche Tabakernte 1932 war mengen- und wertmäßig sehr gut. Der Ertrag an dachreifem, trockenem Tabak übertraf das Vorjahrsergebnis um 21,8 vom Hundert; je Hektar wurden durchschnittlich 26,08 Doppelzentner geerntet. Die Pflanzler erzielten beim Verkauf der 1932er Ernte einen mittleren Preis von 115,79 Reichsmark je Doppelzentner, gegen 96,19 Reichsmark im Vorjahre. Der Gesamtwert der Tabakernte betrug 1932 32,7 Millionen Reichsmark, 46,6 v. H. mehr als im Vorjahre.

Tarifliches

Gegen das Nichteinhalten von Tarifverträgen

Es laufen bei mir immer wieder Klagen darüber ein, daß einzelne Unternehmer die Lohnsätze ihres Berufszweiges nicht unterhebeln unterschreiten, ohne genü-

gende Gründe Ueberarbeit verlangen, den festgelegten Urlaub nicht gewähren und sich auch sonst nicht an die bestehenden Tarifverträge halten. Sie verschänzen sich vielfach dahinter, daß sie an die Tarife nicht gebunden seien, weil sie den beteiligten Organisationen nicht angehörten. Ich muß eine solche Auffassung aufs schärfste verurteilen. Sie paßt nicht in den nationalsozialistischen Staat. Es kann nicht geduldet werden, daß irgendein Berufsgenosse sich auf Kosten seiner Mitarbeiter gegenüber seinen anderen Berufsgenossen eingennützig Vorteile dadurch ergattert, daß er Preise und Tarife unterschreitet. Besonders lebhaft sind die Klagen aus dem Fleischer- und Gaststättengewerbe. Ich werde hier und überall Ordnung schaffen, wo ich Unordnung antreffe. Auch der notleidende Betrieb darf nicht von sich aus Tarife unterschreiten. Ob eine Unterschreitung in ganz besonders gelagerten Fällen angängig ist, habe nur ich zu entscheiden. Etwasige Anträge sind an meine Sonderbeauftragten zu richten.

Der Treuhänder der Arbeit für Westfalen

gez. Dr. Klein.

Wirtschaftsnachrichten

Verstärkte Spartätigkeit

Im Oktober pflegen nach allgemeiner Erfahrung die vom Publikum angeforderten Rückzahlungen die im vorausgehenden September getätigten Auszahlungen zu übersteigen. Um so größere Beachtung verdient die Tatsache, daß die amtliche Einlagenstatistik für das laufende Jahr bei den preußischen Sparkassen die entgegengesetzte Entwicklung registrieren konnte. Die Einzahlungen stiegen gegenüber dem September um 21 Millionen Reichsmark auf 284 Millionen Reichsmark, die Auszahlungen dagegen blieben mit 261 Millionen Reichsmark etwa auf dem Stand des Vormonats. Der reine Einzahlungsüberschuß, der sich für den Monat Oktober ergibt, beläuft sich auf mehr als 23 Millionen Reichsmark.

Einzahlungsüberschüsse, die zum Teil eine ansehnliche Höhe erreichten, melden alle preußischen Provinzen. Nur die Grenzmark Posen-Westpreußen macht eine Ausnahme, zurückzuführen auf die dort herrschende besonders gedrückte Wirtschaftslage. Im Vergleich zum monatlichen Anfangsbestand stehen Berlin, die Provinzen Sachsen und Niederschlesien in der Vermehrung der Sparguthaben voran.

Verbilligung der Speisefette für Minderbemittelte.

ber im Anschluß an ein Rundschreiben vom 16. Oktober 1933 folgenden weiteren-Erlaß an die Länderregierungen und an den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gerichtet:

Nach den bisherigen Bestimmungen haben Personen, deren Lohn- und sonstiges Einkommen den Nachschuß der öffentlichen Fürsorge nicht wesentlich übersteigt, sowie ihre Ehefrauen und unterhaltsberechtigten minderjährigen Kinder Anspruch auf Bezugsscheine für Haushalts-

margarins und Reichsverbilligungsscheine für Speisefette. Um der Notlage der minderbemittelten Volksgenossen in den Wintermonaten weitgehend Rechnung zu tragen, sind wir damit einverstanden, daß bei der Einbeziehung von Minderbemittelten in diesen Personenkreis weitberzig verfahren wird. Es bestehen daher keine Bedenken, Lohnempfänger, deren wirtschaftliche Lage es rechtfertigt, in weiterem Umfange zu berücksichtigen.

Nach der bisherigen Regelung waren ferner kinderreiche Familien mit vier und Witwen mit drei oder mehr unterhaltsberechtigten minderjährigen Kindern in die Fettverbilligung einbezogen. Wir erstrecken diese Vergünstigung nunmehr mit sofortiger Wirkung auch auf Familien mit drei und Witwen mit zwei Kindern.

Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der kinderreichen Familien für die Erhaltung des Volkstums ist ihre weitgehende Berücksichtigung bei der Durchführung der Fettverbilligung geboten. Solchen Familien darf schon jetzt die Fettverbilligung, abgesehen von Fällen begründeter Besorgnis mißbräuchlicher Verwendung, nur dann vorenthalten werden, wenn ein Bedürfnis offensichtlich nicht vorliegt. Dies gilt nunmehr auch zugunsten der Familien mit drei und der Witwen mit zwei Kindern. Wir stellen gleichzeitig klar, daß auch bei den dem Mittelstand zuzurechnenden Familien mit mäßigem Einkommen der Anspruch auf die Fettverbilligung in der Regel zu bejahen ist.

Die Reichsregierung legt auf schnellste Durchführung dieser Maßnahmen besonderen Wert. Wir ersuchen daher, das Erforderliche unverzüglich zu veranlassen.

R. Arb. Bl. 32/1933 I 285.

Soziales

Ortskrankenkassen ermäßigen die Beiträge

sow. Nach der Statistik des Reichsbundes der Ortskrankenkassen, die 160 als repräsentativ geltende Ortskrankenkassen mit rund 4,5 Millionen Versicherten umfaßt, haben seit dem Amtsantritt der nationalen Regierung von den genannten Kassen 36, also über 20 Prozent, ihre Beiträge zum Teil recht beträchtlich senken können. Nur vier Kassen waren gezwungen, die Beiträge um ein Geringses zu erhöhen. Der Grad der Beitragssenkung ist natürlich je nach dem Standort der Kasse und den wirtschaftlichen Verhältnissen ihres Bezirks verschieden. Teilweise kommen Senkungen bis zu 2,5 v. H. des Grundlohnes vor. Bemerkenswert ist der grundsätzlich neue Zug in der Beitragspolitik, der aus der Statistik spricht. Während sich früher die Kassen zu Beitragsermäßigungen im allgemeinen nur entschlossen, wenn sie die Beiträge um ein ganzes, oder mindestens ein halbes Prozent senken konnten, ermäßigen die meisten Kassen den Beitragssatz jetzt auch um Bruchteile von Prozenten. Die Pfennigrechnung ist also auch in der Krankenversicherung wieder zu Ehren gekommen.

gegangen, durch das wichtige Aenderungen in der Arbeitslosenhilfe durchgeführt wurden. Dieses Gesetz verfolgt zwei Ziele, einmal nämlich den Kreis der Versicherten da einzuengen und die Wirtschaft von Beiträgen zu entlasten, wo das Bedürfnis nach der Versicherung nicht als zwingend anerkannt werden kann. Des weiteren wird eine neue Lastverteilung in der Arbeitslosenhilfe durchgeführt, die den Gemeinden zugute kommt. Es wird nämlich die den Gemeinden obliegende Unterstützungslast für Wohlfahrtserwerbslose und für ihren Ein-Fünftel-Anteil an der Krisenfürsorge für die Zeit vom 1. Oktober 1933 bis 31. März 1934 auf monatlich 26½ Millionen Reichsmark festgesetzt. Dadurch erfahren die Gemeinden in diesem Winterhalbjahr eine Entlastung um etwa 140 Millionen Reichsmark. Daß gleichzeitig der Gesamtaufwand der Krisenfürsorge der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auferlegt wird, bedeutet nicht etwa eine Gefährdung der eigentlichen Versicherungsaufgaben, da auch bisher schon die Ueberschüsse der Reichsanstalt zur Deckung der Unkosten der Krisenfürsorge mit herangezogen wurden (die Krisenfürsorge wurde etwa je zur Hälfte aus den Ueberschüssen der Reichsanstalt und aus den Erträgen der Arbeitslosenabgabe finanziert) und also insoweit längst eine Gefahrengemeinschaft zwischen der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und letzten Endes auch der durch die Reichswohlfahrtshilfe bezuschußten kommunalen Fürsorge begründet worden ist.

Von unmittelbarer Bedeutung für die Arbeitslosenversicherung ist in dem Gesetz die hier ausgesprochene umfassende Befreiung bestimmter Berufsgruppen von der Arbeitslosenversicherungspflicht. Als versicherungsfrei wurde nämlich erklärt eine Beschäftigung in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Binnenfischerei einschließlich der Teichwirtschaft oder der Küstenfischerei, wobei zur Landwirtschaft in diesem Sinne der Acker-, Garten-, Obst- und Weinbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft und die damit verbundene Tierzucht und Tiermästerei gerechnet werden. Die Gärtnerei gehört demnach auch in diesem Sinne zur Landwirtschaft.

Diese umfassende Befreiung von der Versicherungspflicht, die am 1. Oktober in Kraft getreten ist, hat der Reichsanstalt selbstverständlich von diesem Zeitpunkt an das Beitragsaufkommen aus den genannten Berufsgruppen genommen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß auch bisher schon die Zahl der in diesen Berufen Befreiten etwa 1½ Millionen betrug. Immerhin wird der Beitragsausfall von der Reichsanstalt auf etwa 3,1 bis 3,9 Millionen Reichsmark monatlich geschätzt, da früher etwa 900 000 sogenannte Frei- und Saisonarbeiter versicherungspflichtig waren. Um diese Summe sind also die landwirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter entlastet, und zwar ohne daß dem Wegfall des Beitragsaufkommens auch ohne weiteres der Wegfall der Unterstützungsverpflichtungen gegenüberstände. Denn die auf Grund einer erfüllten Anwartschaft bereits erworbenen Ansprüche auf

Arbeitslosenunterstützung werden durch die Befreiung ab 1. Oktober nicht beseitigt.

Es könnte daher die hier vorgesehene Befreiung einer großen Berufsgruppe von der Versicherungspflicht für die Arbeitslosenversicherung bedenklliche Folgen haben, wenn diese Maßnahme nicht dem größeren Ziele untergeordnet wäre, durch die finanzielle Entlastung, die die Landwirtschaft in Folge der Befreiung von den Beiträgen erfährt, eine größere Stetigkeit des landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisses zu gewährleisten. Wird dies Ziel erreicht — und daran dürfte wohl kein Zweifel bestehen —, so wird der Beitragsausfall leicht ausgeglichen. Werden im Jahresdurchschnitt nur rund 70 000 Landarbeiter mehr beschäftigt als im Vorjahr, so ist der Ausfall an Beiträgen durch Ersparnisse an Arbeitslosenunterstützung wieder wettgemacht.

Das eben ist der Sinn dieser Maßnahmen, daß nicht etwa ein Versichertenkreis schlechter gestellt, oder daß einem Stande eine besondere Konzession gemacht werden soll, sondern daß vielmehr eine unter

den Gesichtspunkten der Gesamtwirtschaft und im Interesse der Landwirtschaft, als einem tragenden Pfeiler der deutschen Wirtschaft, gleichmäßig notwendige wirtschaftliche Erleichterung den Notzustand der Arbeitslosenunterstützung durch den Normalzustand einer dauerhaften Beschäftigung ablösen will. Hier wird auch die Verbindung mit der gleichzeitig durchgeführten finanziellen Entlastung der kommunalen Wohlfahrts-etats sichtbar. Genau so wie die Landwirtschaft, als einer der wichtigsten Zweige der Wirtschaft, von jeder entbehrlichen Entlastung im Interesse einer freien Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Kräfte befreit werden soll, so soll auch den Gemeinden, die schwer von der Last ihrer Wohlfahrtsverpflichtungen bedrückt werden, wieder Spielraum geschaffen werden. So können sie sich stärker in den Dienst der Arbeitsbeschaffung mit einstellen und auch ihrerseits an dem Ziele mitwirken, der Arbeitslosigkeit als solcher Herr zu werden, ein Ziel, das selbstverständlich dem einer noch so sozialen Verteilung von Unterstützungsmitteln weit vorausgeht.

Umgehung der Unterhaltspflicht

Wenn einem Kinde in dem Haushalte der Eltern Unterhalt gewährt wird, ist es nach dem bürgerlichen Recht verpflichtet, im Hauswesen und Geschäft der Eltern im Rahmen des Ueblichen Dienste zu leisten. Es liegt dann ein familienrechtliches Dienstleistungsverhältnis vor, auf das arbeitsvertragliche Gesetzesbestimmungen und Tarifverträge keine Anwendung finden. Diese Rechtslage wird aber auch manchmal von Söhnen ausgenutzt, die sich durch Verbleib oder Rückkehr in den Haushalt ihrer Eltern ihren Unterhaltspflichten gegenüber unehelichen Kindern entziehen wollen. Zahlreiche Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichtsbehörden geben über diese Fälle Auskunft.

So weigerte sich ein Kraftwagenführer, der im väterlichen Mietkraftwagen-geschäft tätig war, seinem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren, weil er angeblich keinen Lohn erhalte oder zu beanspruchen habe. Das Landesarbeitsgericht Augsburg ließ diesen Einwand aber nicht gelten, da der Sohn dem Vater eine volle Arbeitskraft ersetze und die Lohnersparnis dem Betriebe daher als Ueberschuß zugutekomme. Uebrigens wurde entschieden gegenüber einem Schäfer und Landwirt, der bei seinem Vater in dessen Landwirtschaft und Schäferei tätig war. Auch hier wurde festgestellt, daß der zwischen Vater und Sohn vereinbarte Verzicht auf Barlohn gegenüber der von dem unehelichen Kinde gepfändeten Forderung auf Barlohn unwirksam sei (Landesarbeitsgericht Stuttgart).

Ein ähnlicher, auch in der Landwirtschaft spielender Fall lag so, daß ein Landwirtssohn den Bauernhof seines Vaters bewirtschaftete, weil dieser wegen Gicht schwere Arbeit nicht verrichten konnte und weil zudem die Mutter infolge Krankheit arbeitsunfähig war. Die volle Arbeitskraft des Sohnes war da-

her unbedingt erforderlich. Auch hier war zwischen Vater und Sohn Ausfluß eines Barlohnes vereinbart. Doch auch hier wiederum entschied das Landesarbeitsgericht Stuttgart für die Forderung eines unehelichen Kindes, dem der Landwirtssohn unterhaltspflichtig war, daß die Vereinbarung des Lohnauschlusses sittenwidrig und unwirksam sei. Dem Sohn sei die Vergütung für seine Arbeit durch die Erhöhung des Wertes des Bauernhofes und durch die Ersparnisse infolge des Lohnverzichtes für später gesichert.

In allen den hier genannten Fällen wurden also die Väter der unterhaltspflichtigen Söhne für den Unterhalt ihrer unehelichen Enkelkinder haftbar gemacht, und zwar mit den von ihnen ersparten Lohnbeträgen. In einer Besprechung dieser Entscheidungen vertritt der Universitätsprofessor Hueck in Jena die Meinung, daß diese Auffassung der Gerichte dem Volksbewußtsein und dem Grundsatz entsprächen: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Es sei das Gegenteil dieses Grundsatzes, wenn der Vater den Sohn in seinem Betriebe für seine Interessen beschäftigte, ihm aber, obwohl er nach seinen Vermögensverhältnissen dazu in der Lage sei, nicht die Mittel gewähre, für den Unterhalt des unehelichen Kindes aufzukommen, das dann der Allgemeinheit zur Last falle.

Auf Anordnung

des Führerromtes der Deutschen Arbeitsfront ist „Der Deutsche“ Pflichtorgan sämtlicher Gliederungen und Verbände der Deutschen Arbeitsfront.

Herausgeber: Dr. Robert Ley.
Zu beziehen durch die Post.

Sozialpolitik

Wann ist man „arbeitsunfähig krank“?

Diese Frage gehört zwar zu den ältesten der Krankenversicherung, und sie ist auch bereits sehr oft vom höchsten Versicherungsgericht, dem Reichsversicherungsamt, entschieden worden. Trotzdem wird sie immer wieder aufgeworfen, wie zahlreiche Streitfälle bei den Versicherungsbehörden zeigen. Im Gegensatz zu anderen Versicherungszweigen, wie z. B. der Unfallversicherung, kennt die Krankenversicherung nicht den Begriff der teilweisen Arbeitsunfähigkeit. Man ist entweder arbeitsunfähig (und hat dann Anspruch auf Krankengeld) oder man ist es nicht. Abstufungen dazwischen gibt es nicht.

Ein Versicherter ist nun dann als arbeitsunfähig anzusehen, wenn er nicht mehr imstande ist, „seine“ Arbeit zu verrichten. Er braucht sich nicht auf andere Arbeiten verweisen zu lassen, die er vielleicht noch ausführen könnte. So ist z. B. eine Stenotypistin, die sich Fingerverletzungen zugezogen hat, arbeitsunfähig, obwohl sie vielleicht noch Botengänge verrichten könnte. Bei der gleichen Krankheit können sehr wohl der eine Kranke arbeitsunfähig sein, der andere aber nicht. Ein an einer Gesichtsflechte erkrankter Friseur wird als arbeitsunfähig anzusehen sein, weil sich niemand von ihm bedienen lassen wird, während ein ebenso erkrankter Steinträger seine Arbeit weiter verrichten könnte. Eine Krankheit, die sonst wohl kaum Arbeitsunfähigkeit verursacht, nämlich der Verlust der Vorderzähne, macht einen Posaunenbläser unbedingt arbeitsunfähig.

Mitteilungen der Verbandsleitung

Mitteilung

Als Weihnachtsbeihilfe sind dem Winterhilfswerk von der Deutschen Arbeitsfront insgesamt

1 000 000 RM.

zugeführt. In diesem Betrage ist die unseren erwerbslosen Mitgliedern zugeordnete Weihnachtspende enthalten. Es ist somit den Verbänden nicht möglich, den einzelnen Mitgliedern noch einen besonderen Zuschuß zu gewähren. Arbeitslose Mitglieder erhalten ihre Zuwendung direkt durch die betreffende Dienststelle des Winterhilfswerkes.

Bremen, den 8. Dezember 1933.

Der Verbands-Finanzwart.

Mit dieser Nummer ist der 50. Wochenbeitrag fällig

Eingegangene Gelder

2. Dezember. Alfenstein 140,—, Mannheim 650,—, Tiengen 678,80, Weisterwitz 104,44, Prenzlau 70,—, Haslach 70,55, Massenbachhausen 160,—, Walldorf (Baden) 652,50, Neufert 8,—, Rufenfelde 52,70, Gebelee 125,42 Blinde 2000,—.

4. Beurig 75,—, Mendorf 1,01, Mingerode 87,51, Waldfappel 88,43, Goch 55,—, Fuhrbach 125,44, Peterswaldau 9,20, Birkungen 3,—, Breitenbach 98,70, Kronowitz 150,—, Reichenbach 231,97, Reilingen 809,82, Nordstetten 92,—, Miha 128,63, Eisenach 311,56, Löhne i. W. 500,—, Heiligenstadt 280,—, Freuden-Everode 20,50, Cleve 30,—, Strehlen 22,64, Neustadt 57,96, Leinefelde 30,—, Rot (Wiesloch) 280,—, Oberhausen (Baden) 853,60, Forst (Baden) 100,—, Großhausen 120,—.

5. Nordweil 30,70, Maienfels 103,90, Peitz 14,80, Eichersheim 81,49, Schatthausen 95,—, Oldenburg 100,—, Bruchsal 3540,—, Leinigen 209,05, Leisrig 250,—, Sailauf 176,10, Bad Salzungen 69,90, Freistett 100,—, Dettlingen 374,—, Stegberg 12,—, Kudoistadt 45,—, Weiher bei Bruchsal 225,67, Karlsdorf 416,70, Jüterbog 4,—, Weißenheim 64,79, Hallungen 55,15, Blotho 200,—, Andernach 100,—, Madenrode 96,75, Frankfurt a. M. 160,—, Seelbach 532,88, Kenzingen 449,50, Waldbangelloch 274,22, Duisburg 200,—, Landshut 27,62, Herrieden 39,45, Gauangeloch 110,06, Spaichingen 400,—, Herzheim 300,—, Krombach 20,17, Michelbach 102,15, Hundeshagen 125,—, Kallmerode 80,—, Ohlsbach 61,48, Mingolsheim 83,25, Ruff 76,50, Stargard 140,—, Märzdorf 16,31, Sifa 154,92, Neulautern 66,79, Bühlerthal 95,22, Bunzlau 12,20, Bernierode 60,18, Neumarkt 77,33, Schachen 418,14, Heppenheim 100,—, Hainstadt 42,75, Reinsheim 350,85, Kronau (Baden) 578,58, Neuborf 75,46, Gr. Breitenbach 27,91, Mömbris 592,41, Lohrbach 195,05, Wermelskirchen 7,—, Gelnhausen 130,—, Treffurt 500,—, Schönaich 1129,52.

6. Warendorf 60,—, Wörstetten 71,80, Köndringen 38,80, Hann.-Münden 335,—, Halle (Saale) 61,05, Lemgo 170,—, Obercunnersdorf 66,—, Hiltterode 59,05, Gößenheim 73,15, Orjow 44,—, Geismar 65,—, Martinsfeld 47,03, Wesel 20,—, Dingelstädt 500,—, Gießen 1500,—, Zwidau 28,—, Bilshausen 205,98, Mainz 369,29, Hilsbach 55,10, Lampertheim 330,—, Nettigheim 283,61, Kirrlach 410,—, Wettringen 43,88, Essen (Ruhr) 15,20, Neusalz (Oder) 5,23, Nachen 280,—, Gr. Rhüden 60,—, Oberwiesheim 40,50, Faulungen 59,58, Lorsch 300,—, Bad Essen 23,—, Greven 80,—, Jüßenbach 71,84, Köhrig 45,—, Rees 262,21, Helmstedt 18,09, Duderstadt 155,70, Gerblingerode 96,55, Lindau (Sar.) 80,—, Neuhof 25,80, Helmarshausen 39,13, Effelder 146,17, Langenhagen 67,50, Heide i. Holst. 13,50, Bredtadt 68,31, Horbach 113,86, Neuenhau-lau 25,05, Türkismühle 60,—, Kirchart 190,—, Langenbrüden 23,90, Mingesheim 74,87.

7. Dielheim 300,—, Trier 950,—, Lengensfeld u. Stein 128,71, Hülfeld 66,15, Birkenfelde 55,—, Niederhohpfeim 225,—, Hildorf 17,—, Hochneukirch 17,03, Herbwangen 11,40, Nesselroden 108,—, Pyrmont 180,—, Westhausen 80,—, Seesen 50,—, Oberode 14,—,

Rostock 100,—, Raumburg 7,62, Güllingen 115,—, Bischofferode 100,97, Elsenz 857,75, Wittlich 39,60, Bad Frankenhausen 55,—, Altenburg 200,—, Birstein 200,—, Fahr-Friedenheim 526,91, Horrenberg 158,77, Bernierode 90,—, Neufes 386,84, Philippsburg 116,15, Eigersweier 62,25, Wiesbaden 17,14, Klein-Weilzheim 11,97, Gießen 1200,—, Jostrow 95,—, Baiertal 215,90, St. Leon 554,17, Kappel 310,—, Bergshaupten 154,75, Rippenheim 179,20, Denzlingen 150,—, Murg 134,81, Ingolstadt 36,90, Kreuzebra 150,—, Murrach 69,65, Regensburg 300,—, Torkau 20,—, Bischofswerda 80,—, Oberhausen (Baden) 246,03, Buhl (Baden) 9,50, Rattbor 140,—, Niederhausen 295,95, Mühlheim (Baden) 84,50, Unterrieden 45,—, Reinholterode 15,25, Neubamm 18,—, Dülfen 1,85, Rothensfels 165,—, Andernach 80,—, Wiberach (Baden) 6,70, Landsberg (Warthe) 18,—.

Bremen, den 7. Dezember 1933.

B. D i b i g s, Verbands-Finanzwart.

Zur Vermählung unserer Kollegen
Joseph Steinmetz u. Kollegin Cäcille Godehardt

die herzlichsten
Glückwünsche!

Ortsgruppe Birkungen.

Dem Kollegen **Karl Koch** und seiner Gemahlin zur Vermählung

die besten Glückwünsche!

Ortsgruppe Bielefeld.

Gestorben sind:

Am 18. November 1933 **Marta Flug**, Zigaretten-Maschinenarbeiterin, im 40. Lebensjahre (Ortsgruppe Dresden).

Am 16. November 1933 der Zigarrenarbeiter **Kornel Wirth**, 50 Jahre alt (Ortsgruppe Kirrlach).

Am 22. November 1933 **Frau Marie Kräger**, im 75. Lebensjahre (Ortsgruppe Rostock).

Am 29. November 1933 **Hedwig Schneider**, Lohnarbeiterin, im Alter von 60 Jahren (Ortsgruppe Dresden).

Am 6. Dezember 1933 **Wilhelm Ohlemeyer** aus Harrum im Alter von 74 Jahren (Ortsgruppe Minden).

Ehre ihrem Andenken!

Kauf Deutschen Glaschristbaumschmuck



aus dem Notgebiet des
Chüvinger Waldes!
kauft Deutschen Not!

